

Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Semestralpreis: Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Bezirks- und Vereins-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine
(Vorsitz: Dr. Breda)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt 25 Pf., Familienamt 15 Pf.,
Vereinsamt 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225
Gesamtpreiser: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 65.

Berlin, Mittwoch, 16. August 1911.

Dreißundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Etwas vom Klassenkampf. — 12. ordentlicher Delegiertentag des Gewerksverbandes der Deutschen Schneider. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Etwas vom Klassenkampf.

Von Dr. Ludwig Hende.*

Wir wollen uns mit einem Schlagwort auseinandersehen. — der gefährlichsten einem — dem Wort vom Klassenkampf, das schon so viele Köpfe verdröhrt und der Arbeiterklasse so viele Feinde gemacht hat.

Als ich jüngst im „Gewerkverein“ über das Arbeitsrecht einige Aufsätze veröffentlichte, sagte der „Proletarier“ in einer Erwiderung (Nr. 22 und 23) u. a. gegenüber meiner Betonung des wohlherstandenen Klassenkampfgedankens für jede erst zu nehmende Arbeiterorganisation: „Na, na! Wir haben es doch sonst immer anders gehört. Oder soll die Klasse, im besten Sinne klassenmäßig sein“ etwa unterstellen, daß man dem Gegner im Kampf nicht schaden darf durch Ausnutzung der eigenen Nachtmittel? Etwas nach dem „gebildeten“ Rezept jener fortschrittlichen Musterknaben, die die Ablehnung des Stats bei Nichtbewilligung freiständlicher Forderungen als „Pressepolitik“ bezeichnen?

So viel ich auch zu den beiden Aufsätzen im „Proletarier“, die sich mit meinen Ausführungen beschäftigen, zu sagen hätte, ich will darauf verzichten, weil jenes Blatt und ich zwar in Einzelheiten mehrfach und auch in der unferne Auffassungen während der Grundanschauung ziemlich wesentlich differieren, in den Gedanken über die Arbeitsrechtsreform im Grunde aber zu einig sind, als daß sich ein Streit für die verlohnte, der die gegenseitige Verflechtung der Arbeiterorganisationen für ein nur durch grundlegende Unterschiede und nur innerhalb der durch die Taktik gegenüber dem gemeinsamen wirtschaftlichen Gegner gezogenen Grenzen entschuldbares nationales Unglück erachtet. Es sei nur bemerkt, daß ich mich nicht mit fünf Aufsätzen gegen den „Proletarier“ gewandt habe, wie dieser es darstellte, sondern daß ich die beiden ersten Aufsätze dieses Blattes nur zum Ausgangspunkt meiner Artikel genommen habe, die auch ohne den Angriff des „Proletarier“ geschrieben worden wären. In diesem Sinne dienen die Aufhebungen des „Proletarier“ über den Klassenkampf auch heute nur zum Ausgangspunkt dieser Betrachtung, und es besteht keineswegs die Absicht, die Debatte mit jenem Organ ins Meerlose weiterzuführen.

Wenn der „Proletarier“ feststellt, „sonst habe man es dort immer anders gehört“, so ist davon lediglich, insofern der Vorwurf überhaupt berechtigt ist, der Mißbrauch ist, der mit dem Begriffe des Klassenkampfes gerade von sozialdemokratischer Seite allzu oft getrieben wird. Deshalb braucht aber das genannte Blatt meinen Standpunkt zum Klassenkampf durchaus nicht mit dem „Rezept fortschrittlicher Musterknaben“ zusammenzuwerfen. Die parteipolitische Binde vor den Augen des „Proletarier“ bringt eben leider alle Ansichten immer mit Parteiprogrammen zur Deckung, während es zwischen dem sozialpolitisch höchstens als Mindestprogramm gelten zu lassenden, in den Einzelheiten aber sowohl wie in der ideellen Grundlage recht verbesserungsbedürftigen Arbeiterprogramm der Fortschrittlichen

Volkspartei einerseits und dem zu sehr auf ein dem Willen und der Macht der Arbeiterklasse entrichtetes Glaubensbekenntnis materialistischen Geschickens hinauslaufenden und innerlich brüchig gewordenen Programm der Sozialdemokratie andererseits für den vorurteilsfreien Sozialpolitiker noch ein weiteres Feld gibt, auf dem man sowohl der historischen Bedeutung Marx' und dem im Prinzip durchaus sittlichen Kampf gegen den Kapitalismus, wie auch andererseits dem ehrlichen Reformationswillen der von Uebermässen oft in sehr widerlicher Weise mit Schmutz bemorenen Sozialliberalen gerecht werden kann. Sozialpolitik ist da eine Verflüchtigung angesichts der schwereren Aufgaben unserer Zeit wohl zu finden, auch wenn die parteipolitische Inkarnation einer derartigen Gedankenwelt vorläufig aussichtslos ist.

Sowohl nur gegen die Identifizierung mit den „fortschrittlichen Musterknaben“. Daß dies lediglich von mir aus pro domo gesprochen ist und nicht als Meinung der Deutschen Gewerkvereine schlechthin aufzufaßt werden soll, ist ja wohl selbstverständlich, da diese Gewerkvereine ja politisch unabhängig sind. Was ist Klassenkampf, wer sind seine Träger?

Klassenkampf ist das Ringen einer Gesellschaftsschicht um Macht. In diesem Sinne kämpfen durchaus nicht nur die Arbeiter, sondern zum Beispiel auch die Agrarier, die Industriellen, der Handel. — ja alle größeren Stände der Nation. Immer sind die Berufsorganisationen Träger dieses Kampfes: Gewerkschaften, Handlabund, Bund der Landwirte usw. Der Klassenkampf ist an sich weder sittlich noch unsittlich, sondern er ist mit der Existenz untereinander um Lebensbedingungen ringender Schichten ebenso selbstverständlich verknüpft, wie der Egoismus mit jedem Lebewesen. Aus der Tatsache der Existenz an sich folgt unmittelbar der Selbsterhaltungstrieb; das ist für den Einzelmenschen nicht anders als für die Gattung. Unnützlich wird der Klassenkampf erst, wenn er Mittel anwendet, die zu anerkannten sittlichen Ideen in Widerspruch stehen, oder wenn sein Streben nach der Macht als Ziel nur den Mißbrauch der Macht hat. Sittlich wird der Klassenkampf durch die Kulturidee, in deren Dienst er sich stellt, sittlich vor allem, wenn er sich gegen Vorrechte Weniger in der Absicht wendet, einer Mehrzahl größere Rechte zu bringen.

Es gibt einen Klassenkampf für und gegen eine Klasse. Der Kampf für eine Klasse, für dessen Ziele also nur diese Klasse selbst in Betracht kommt, kann ausschließlich von Berufsorganisationen geführt werden. Der Kampf gegen eine privilegierte Schicht kann parteipolitische Notwendigkeit sein. Mit anderen Worten: Die ausschließliche Hebung der Landwirtschaft zum Beispiel kann Ziel einer Berufsorganisation sein, ohne daß diese Organisation zugleich ein Programm für Handel, Industrie und Arbeiterklasse hätte. Nicht aber kann eine politische Partei ausschließlich die Landwirtschaft fördern wollen, weil eben eine Partei allgemeine Staatsideale haben muß und nicht nur Interessenspolitik treiben darf.

In einer eigenartigen Lage befindet sich nun in dieser Richtung der Sozialismus. Das Erfurter Programm erkennt im Grunde genommen den Gedanken, daß eine Partei nicht für eine Einzelklasse arbeiten darf, sondern Staatsideale haben muß, dadurch an, daß es den ins Programm aufgenommenen Klassenkampf ausdrücklich als Mittel zu einem anderen Zwecke, nicht aber als Selbstzweck erläutert. Es wird gesagt, die gesellschaftliche Umwandlung zum Sozialismus könne zwar nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen an der Erhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln interessiert seien; es bedeuete aber letzten Endes nicht die Befreiung des Prole-

tariums allein, sondern die des ganzen Menschengeschlechts. Das ist ein lares Bekenntnis zu einem allgemeinen politischen Ideal, wie es eben für Parteien notwendig ist, wenn sie Anhänger aus Ueberzeugung finden wollen und nicht einfach der Standeszugehörigkeit an sich wegen. Damit aber, daß eben nicht nur der Arbeiter seine Erlösung im Sozialismus finden soll, sondern die Gesamtheit, ist zugleich gesagt, daß es sich nur um den Kampf gegen eine privilegierte Minorität („verhältnismäßig wenige Großgrundbesitzer und Kapitalisten“), nicht für eine Einzelgruppe schlecht hin handeln soll. Den inneren Widerspruch zwischen dem angeblich nur von Arbeitern fährbaren Kampf für den Sozialismus und dem doch allen zugute kommenden Endziel habe ich in der Münchener Wochenchrift „März“ vom 9. Mai, ohne bisher Widerpruch gefunden zu haben, aufgedeckt. In ihm liegt begründet, was vielen Menschen die Sozialdemokratie so unsympathisch macht: Dieses überflüssige Betonen der Klassenpartei in jenem positiven Sinne, wie eben nur eine Berufsorganisation ihn dem Klassenkampfbegriffe geben darf. Dem wesentlichen Teil des Erfurter Programms nach würde es vollkommen genügen, den Kampf gegen die wirtschaftlich bevorrechtigte Kapitalistenschicht zu betonen, während der Kampf für die Arbeiterklasse Selbstzweck nur bei den Arbeiterberufsvereinen sein darf.

Gerade aber in der Praxis wird aus agitatorischen Gründen die „Klassenpartei“ erst recht betont und damit ein unethisches Moment in die Politik getragen, ja eigentlich auch ein unpolitisches Moment, wenn man Politik als Kampf um den Staatsgedanken, als Ringen um die Gestaltung des Gemeinwesens aufsaßt. Würde hingegen in aller Klarheit nur der Kampf gegen die kleine Schicht der Bevorrechtigten (im Sinne des Erfurter Programms: der Großgrundbesitzer und Kapitalisten) geführt, so geschähe damit nichts Neuartiges oder Abstoßendes, da jede Partei, die im Staate etwas ändern will, an gegebenen Machtverhältnissen rütteln und ein Zubiel an Macht auf der einen Seite durch ein Abtragen zugunsten einer anderen Seite ausgleichen, also gegenüber einer bestimmten Schicht klassenkämpferisch vorgehen muß (s. B. der alte Liberalismus der 18er Jahre gegen die Fürsten).

Nun noch die Frage: Dürft der Klassenkampf zur Ausnutzung von Nachtmitteln gegenüber dem Gegner, um ihm zu schaden, führen? Mit der Einschränkung, daß dieser Schaden, der dem Gegner zugefügt wird, nicht Selbstzweck sein soll, nicht der Schikanenlust oder der Freude am Ziele mit der Macht entspringt, sondern in der systematischen Arbeit um die Hebung des Standes begründet sein muß, bejahe ich die Frage nach der Ausnutzung gegebener Nachtmittel im allgemeinen. Allerdings soll nicht ein Instrument dem Klassenkampf dienstbar gemacht werden, das, wie z. B. die Ortskrankenkassen, seiner Idee nach dem Nachtmittel entriekt sein muß. Ebenjowegen ist schlechthin jedes Mittel im Klassenkampf zu billigen. Sabotage und ähnliche Dinge sind einer Kulturbewegung unwirksam und verstoßen gegen sittliche Werte, die auch im Kampfe hochgehalten werden müssen. Auch die Ausnutzung der Macht da, wo die Allgemeinheit schwerste Schäden durch sie erleidet, scheidet aus. Das ist natürlich nicht prinzipiell festzulegen: Bis hierhin ist der Schaden, der dem Wirtschaftsleben zugefügt wird, erträglich, von da ab nicht mehr. Wenn man aber, und das ist mit Recht, den Menschen über das Kapital stellt, so wird man etwa die Grenze da finden können, wo große Interessen der Menschen selbst, Interessen nicht rein vermögensrechtlicher Natur auf dem Spiele stehen. Es ist z. B. ethisch einwandfrei, eine ganze Industrie erforderlichfalls zum Stillstand zu bringen und dadurch Kapi-

*) Der Verfasser ist wegen seiner Artikelserie „Die Reformbedürftigkeit des Arbeitsrechts“ in Nr. 35-39 des „Gewerkverein“ von dem freigeberischen „Proletarier“ heftig angegriffen worden, weshalb wir diesen Ausführungen trotz mancher persönlich gehaltenen Bemerkungen kein Raum geben.

talistische Interessen auf schwerste zu schädigen; es ist auch einmündig, einen Straßenbahnerstreik zu veranstalten, wenn es nötig ist, weil die Menschheitsinteressen, die da auf dem Spiele stehen, verhältnismäßig geringfügiger Natur sind. Durch einen Generalstreik der Eisenbahner aber Milch- und Fleischversorgung zu hemmen, oder vielen Tausenden zu ihrer Arbeitsleistung auf diese Verkehrsmittel unbedingt angewiesenen Menschen ihre Existenz zu nehmen, das ist nicht mehr sittlich zu verteidigen. Der „Proletarier“ hat mich heftig angegriffen, daß ich für Streikrechtsbeschränkungen im Verkehrswesen plädiert habe (wenn auch unter Betonung unbedingten Erfolges dieses Rechts durch weitgehende Einrichtungen zur Ausübung eines Mitbestimmungsrechts über die Arbeitsbedingungen); wenn die Kulturböhe der heutigen Arbeiterschaft schon die Gewähr für die strenge Einhaltung von Grenzen innerhalb der Ausübung des Streikrechts in solchen bedeutenden und für die Allgemeinheit ungeheuer wichtigen Institutionen böte, würde ich dem „Proletarier“ wohl gern nachgeben. Dafür aber kann er leider vorläufig keine Garantie übernehmen. Noch sind viele tausende von Arbeitern organisatorisch ungeschult und stehen abseits von den Berufsvereinen; noch aber sind leider auch innerhalb der Organisationen noch Elemente genug, die sich ihrer Verantwortung als Träger einer Kulturbewegung noch recht wenig bewußt sind. Es sei nur erinnert an den Berliner Buchdruckerkonflikt, wo gerade unter der bestgeschulten gewerkschaftlichen Kerntruppe eine Richtung hervortrat, die von Vertragstreue und echter Solidarität keine Ahnung hatte und an gewerkschaftlicher Disziplin nicht gerade vorteilhaft aufstell. Und das passierte am grünen Holze! Es ist ein Beweis dafür, daß wir, zumal für aufgereagte Zeiten, leider vorläufig uns auch das Pflichtbewußtsein mancher Arbeiter noch nicht verlassen und deshalb vorläufig wenigstens schon aus rein praktischen Gründen an einzelnen Stellen Einschränkungen des Streikrechts noch nicht entbehren können. Es liegt mir aber sehr fern, zu behaupten, auf Arbeitgeberseite wäre immer das Verantwortungsgesühl vorhanden, das gefordert werden muß. Alles, was gegen den Mangel an solchem Pflichtbewußtsein auf Arbeitgeberseite eingewandt worden ist, gilt naturgemäß für die Arbeitgeber ganz analog. Einer Einschränkung des Ausspernungsrechts würde ich auch durchaus das Wort reden, wenn auch, um der Mitwirkung auf die Arbeiterrechte willen, jedes Vorgehen nach dieser Richtung, wie ich neulich schon ausführte, in einem auf formaler Rechtsgleichheit beruhenden Staatswesen nicht unvorsichtig angefangen werden darf.

Das scheint mir vorerst zu genügen, um zur Klärung des Klassenkampfgedankens beizutragen. Sobald man sich mit der Idee des Klassenkampfes näher beschäftigt, taucht eine Fülle von Einzelfragen auf; man merkt, daß es mit ein paar demagogischen Schlagworten wirklich nicht getan ist. Wer da über „Kautelen“ spöttelt, wie sie hier versucht wurden zu entwickeln, der beweist nur, daß er dem Kern der Klassenkampfbildung noch nicht nahe gekommen ist und sich noch an Worten berauscht, wo der Inhalt auf Eitelkeit und Unrecht genau unterlucht werden will. Jede Gewerkschaftsrichtung muß die Klassenkampfbildung hochhalten, aber nicht im Sinne des Draufgängerturns um jeden Preis, sondern im Bewußtsein, daß aller Klassenkampf nur Mittel zum Zweck ist, nur ein Weg zum Ziele der Teilnahme an der Kultur; und auch im Bewußtsein, daß Klassenkampf und Klassenkampf zweierlei ist und auseinandergehalten werden kann und muß.

12. ordentlicher Delegiertentag des Gewerkschaftsvereins der Deutschen Schneider.
(Schluß.)

Nach Erledigung der großen Referate wurde am Mittwoch nachmittag zur Beratung der zum Statut gestellten Anträge geschritten. Der Gewerkschaftsverein soll vom 1. Oktober den Namen führen „Gewerkschaft der Schneider, Schneiderrinnen und verwandter Berufsgenossen (Sich-Dunker) Deutschlands“. Arbeitgeber bzw. Kleinmeister, welche nur für ihre eigene Rundschaft arbeiten, sollen nicht mehr aufgenommen werden. Der Uebertritt aus anderen Organisationen kann unter Anrechnung der geleisteten Beiträge erfolgen. Sechs Monate vor einer Lohnbewegung findet vorstehende Bestimmung keine Anwendung. Die Neuaufnahmen sollen in Zukunft ohne Altersgrenze erfolgen. Mitglieder, welche wegen restierender Beiträge gestrichen worden sind, können durch Nachzahlung innerhalb eines Jahres wieder in die alten Rechte eintreten.

Was die Beitragserhöhungen anbetrifft, so wurde nachstehender Antrag angenommen: Die jetzt bestehenden Beitragstufen werden um je 5 Pfg. erhöht. Alle im Arbeitsverhältnis stehenden männlichen Mitglieder müssen der höchsten

Klasse angehören. Für Ehefrauen, die in keinem Arbeitsverhältnis stehen, und Lehrlinge, bleibt die 15 Pfg.-Stufe bestehen; jedoch wird hier keine Streik- und Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Für männliche Mitglieder wird eine Stufe von 40 Pfg. und für weibliche eine von 25 Pfg. geschaffen, in welcher Krankenunterstützung gezahlt wird. Diese Klassen sind freiwillige.

In Ortsvereinen mit verschiedenen Berufsgruppen können mehrere Berufssektionen gebildet werden, die ihre Leitung selbst wählen. Die Entschädigungen für Sitzungen und Revisionen wurden neu geregelt, die Vorschlagswahlen zum Delegiertentag beibehalten. Zur Bestreitung der Verwaltungskosten behalten Ortsvereine mit weniger als 30 Mitgliedern 25 Prozent und Ortsvereine mit über 30 Mitgliedern 20 Prozent der Gesamteinnahmen zurück.

Für das Unterstützungswesen sind wesentliche Änderungen vorgenommen worden, die am besten aus nachstehenden Tabellen ersichtlich sind:

Die Arbeitslosenunterstützung beträgt vom vierten Tage ab:

| Jahr | Beitrag 20 Pfg. | Beitrag 30 Pfg. | Wochen |
|------|-----------------|-----------------|--------|
| 1 | 6 Mk. | 9 Mk. | 3 |
| 2 | 6 " | 9 " | 4 |
| 3 | 6 " | 9 " | 5 |
| 4 | 6 " | 9 " | 6 |
| 5 | 6 " | 9 " | 7 |
| 6 | 6 " | 9 " | 8 |
| 8 | 6 " | 9 " | 9 |
| 10 | 6 " | 9 " | 10 |

Die Krankenunterstützung beträgt:

| nach 1 Jahr | Beitrag 40 Pfg. täglich | Beitrag 25 Pfg. täglich | Wochen |
|-------------|-------------------------|-------------------------|--------|
| 1 Jahr | 70 Pfg. | 50 Pfg. | 4 |
| " 3 | 80 " | 60 " | 6 |
| " 5 | 90 " | 70 " | 8 |
| " 7 | 100 " | 80 " | 10 |
| " 10 | 100 " | 80 " | 12 |

Wer die volle Summe bezogen hat, ist erst nach einer 52wöchentlichen Karenzzeit, beginnend von Beendigung der Krankheit, zum weiteren Bezug berechtigt.

Witwen verstorbenen Mitglieder, welche mindestens zwölf Jahre dem Gewerkschaftsverein angehört, erhalten eine einmalige Unterstützung von 20 Mk.

Die Aussteuerungsunterstützung erhalten die Mitglieder der Klasse I in Höhe von 7,50 Mark, Klasse II 5,50 Mark, Klasse III 4 Mark.

Sind Mann und Frau Mitglied des Gewerkschaftsvereins und beide gleichzeitig an einem Lohnkampfe beteiligt, so erhält der Mann nur die Unterstützungsätze für ledige, zuzüglich der Unterstützung für Kinder. Die bei Streiks zu gewährenden Unterstützungen gelten auch für Gemahregelte, eine Neuerung, die bisher im Statut nicht enthalten war. Mitglieder, welche dem Gewerkschaftsverein noch nicht sechs Monate angehören, erhalten nur die Hälfte der Unterstützungen. Wird jedoch die sechsmonatliche Mitgliedschaft während eines Streiks beendet, so wird von dem Tage an die volle Unterstützung gezahlt. Bei Streiks und Aussperungen erhalten in der I. Klasse die Verheirateten 16 Mark, die Unverheirateten 12 Mark wöchentliche Unterstützung. In der II. Klasse erhalten die männlichen Verheirateten 12 Mark, die männlichen ledigen 9 Mark und weibliche Mitglieder 10 Mark wöchentliche Unterstützung. Weibliche Mitglieder, die Kinder zu ernähren haben, bekommen außerdem die Kinderunterstützung in Höhe von 1 Mark pro Kind und Woche.

Bezirksbeamte sollen künftig nach Bedarf angestellt werden. Die Hauptkasse gewährt ein Drittel der Kosten als Beihilfe. Der Jugendorganisation wurde ein einmaliger Beitrag von 100 Mark bewilligt. Mitglieder der Jugendabteilungen werden nach beendeter Lehrzeit mit vollen Rechten in den Gewerkschaftsverein aufgenommen.

Sodann wurde in die Wahlen eingetreten. Die geschäftsführenden Beamten wurden sämtlich wiedergewählt: Krüger als Hauptvorsitzender, Schwerdtfeger als Schriftführer und Busch als Hauptkassierer. Außer diesen wurden in den Hauptvorstand gewählt die Kollegen Kette, als stellvertretender Vorsitzender; Penzlin, Wolter und Grochowski als Beisitzer. Zu Hauptrevisoren wurden gewählt die Kollegen Prilop, Lange und Hartmann, als Zentralratsvertreter Koll. Krüger, als Verbandsratsabgeordnete die Kollegen Krüger und Lohse, als Obmann für das Schiedsgericht der Verbandsrat Krüger, Koll. Klein, als Stellvertreter Kollege Busch-Berlin. In die Protokollkommission wurden die Kollegen Krüger, Prilop und Sailer entsandt.

Der Sitz der Beschwerdekommision ist Stettin. Das für sie vorgelegte Reglement wurde

durchberaten und angenommen, ebenso das Muster eines Anstellungsvertrages für die Beamten. Die eingegangenen Beschwerden wurden sämtlich zurückgewiesen. Die Beschlüsse treten am 1. Oktober d. J. in Kraft.

Damit war die überaus reichhaltige Tagesordnung erledigt. Der Verbandsvertreter Kollege Klein ergriff nun noch einmal das Wort, um in längerer Abschiedsrede auf die Wichtigkeit der gefassten Beschlüsse hinzuweisen und zu lebhafter und energischer Agitation zur Vergrößerung des Gewerkschaftsvereins aufzufordern. Nachdem auch die Kollegen Krüger, Händel, Schuster und Rausch sowie Frau Engel-Finkenwalde mit Beifall angenommene Ansprachen gehalten hatten, gab der Vorsitzende des Delegiertentages, Kollege Lohse-Stettin, noch eine kurz gedrängte Uebersicht über die gefassten Beschlüsse mit dem Ausdruck des Dankes für die treue Mitarbeit der Delegierten und des Verbandsvertreters und schloß dann mit einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf den Gewerkschaftsverein der Deutschen Schneider am Sonntag mittag 12 1/2 Uhr den Delegiertentag.

Bezüglich der Krankenkasse war vom Hauptvorstand der Antrag gestellt worden, die bisher dem § 75a des Krankenversicherungsgesetzes unterstellte Hilfskasse in eine Zuschußkasse umzuwandeln. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Eine außerordentliche Generalversammlung soll zur weiteren Beratung einberufen werden, sobald auf Grund der Reichsversicherungsordnung die bezüglichen Erlasse veröffentlicht worden sind.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 15. August 1911.

Der Konflikt zwischen dem Marinetechnikern und dem Reichsmarineamt ist zugunsten der ersteren beendet worden. Noch in letzter Stunde hat das Reichsmarineamt seine rigorosen Verfügungen zurückgenommen und die Kündigungen der Angestellten mit rückwirkender Kraft aufgehoben. Auch der so heftig bekämpfte Dienstvertrag ist zurückgezogen worden. Bei seiner endgültigen Formulierung sollen die Wünsche der Angestellten Berücksichtigung finden. Dabei wurde den Technikern freigestellt, entweder den geänderten Dienstvertrag gegen eine angemessene Entschädigung anzunehmen, oder im alten Beamtenverhältnis zu verbleiben.

Es ist erfreulich, daß man im Reichsmarineamt, solange es auch gedauert hat, sich doch der besseren Einsicht nicht verschlossen hat. Deshalb darf wohl auch angenommen werden, daß die „Deutsche Technikzeitung“ schreibt, Herr v. Tirpitz nun auch in seinen übrigen Reskorts nach dem Rechten sehen wird; denn auch in den Kreisen der technischen Angestellten der kaiserlichen Werk und der Fortifikationen, denen ähnliche unsoziale Bestimmungen auferlegt wurden, herrscht große Mißstimmung, die bereits an verschiedenen Stellen zu Kündigungen geführt hat. Hoffentlich steigt auch hier der Grundhaß der Willkür und der sozialen Gerechtigkeit über den bürokratischen Pfennigkuckerei!

Eine Steigerung der Grundrenten und damit des Preises des ländlichen Grundbesitzes muß die Folge der fortwährenden Getreidezollerhöhungen sein. Das ist wiederholt auch von uns betont und nachgewiesen worden. Die „Frankfurter Zeitung“, die kürzlich dafür schon einige drastische Beweise erbrachte, führt dafür neuerdings einige weitere lehrreiche Beispiele aus dem Osten Preußens an:

1. Grünwehr, Kreis Feilgenbeil, 157,70 Hektar groß. Es wurden folgende Preise für das Gut verlangt: im Jahre 1906 = 140 000 Mark, im Jahre 1908 = 210 000 Mark, im Jahre 1908 = 220 000 Mark.
2. Abschwangen, Kreis Br.-Glauch, in Größe von ca. 105 Hektar. Das Gut hat vor einem Jahre 135 000 Mark gefordert und hat jetzt 165 000 Mark gebracht.
3. Ripowo, Kreis Rößel, 120 Hektar. Das Gut ist für 200 000 Mark im Jahre 1911 verkauft worden. 1910 hat es 140 000 Mark gefordert.
4. Biesenthal, Kreis Böden, in Größe von 331 Hektar ist im Jahre 1910 für 281 000 Mark verkauft worden und hat jetzt 380 000 Mark gebracht.
5. Rathshöfen, Kreis Zhd., 151,88 Hektar groß. Das Gut sollte im Jahre 1908 105 000 Mark kosten, es ist in diesem Jahre für 165 000 Mark verkauft worden.

Das sind natürlich ungesunde Verhältnisse, die in wirklich ersten landwirtschaftlichen Krisen schwere Besorgnisse für die Zukunft erwecken. Derartige Zustände sind auf die Dauer unhaltbar; sie müssen zum Zusammenbruch und damit zu einem öffentlichen Unglück führen.

Zünftlerische Rückständigkeit. Die ostpreussischen Handwerksstammern haben zu den Reichstagswahlen ihre Forderungen aufgestellt, die sie

den einzelnen Kandidaten vorlegen wollen. Nur solche Parteien sollen unterstützt werden, die den Wünschen dieser Handwerker gerecht werden zu wollen erklären. Gegen den ersten Teil der Forderungen, die sich auf den Ausbau der Organisation des Handwerks beziehen, läßt sich nichts Wesentliches sagen. Bedenklicher sind schon die wirtschaftlich-politischen Maßnahmen, die verlangt werden, wie der Befähigungsnachweis, Bekämpfung der Konkurrenzvereine und Warenhäuser und dergleichen mehr. Den Vogel aber schießen die biederen Handwerksmeister von Ostpreußen ab durch ihre Forderungen auf sozialpolitischem Gebiet. Sie fordern da nämlich nicht mehr und nicht weniger als:

1. Ablehnung jeder einseitigen, nur das Interesse der Arbeitnehmer berücksichtigenden Sozialpolitik.
2. Ablehnung jeder irgendwie gearteten Arbeitslosenversicherung.
3. Ablehnung der Arbeitskammern in jeder Form.
4. Ablehnung jeder Art gesetzlicher oder staatlichen Eintretens für paritätische Arbeitsnachweise.
5. Den Erlass eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen.
6. Keine weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe.

Wir möchten diejenige politische Partei sehen, die sich offen zu diesen Forderungen bekennt. Ihre Kandidaten würden im ersten Wahlgang schlanke Wege durchfallen. Selbst die reaktionärsten Parteien werden wenigstens in der Öffentlichkeit sich hüten, obigen Forderungen der ostpreußischen Zünftler das Wort zu reden. Das eine allerdings muß man diesen nachsagen: Die Arbeiterfreundlichkeit haben sie ihren Zunftgenossen glänzend abgelauscht.

Arbeiterbewegung. Der Kampf in der Metallindustrie geht weiter. Die Ausschaltung in Leipzig, die sich auf über 10 000 Metallarbeiter erstrecken sollte, ist zwar noch nicht in vollem Umfange durchgeführt. Denn vorläufig bleibt die Zahl der wirklich Streikenden weit hinter der angedrohten zurück. Der Ausschluß des Kartells der sächsischen Bezirksverbände des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller hat aber beschlossen, am 26. August 60 Prozent aller Arbeiter auszuschließen, falls nicht bis zum 25. August eine Einigung herbeigeführt ist. — Auch im Kreise S a g e n - S c h w e l m scheinen größere Bewegungen im Gange zu sein. In mehreren Betrieben ist es zu Differenzen gekommen, und es scheint, als wenn auch hier die Unternehmer systematisch zum Kampfe drängen. — In Barmen-Elberfeld dauert der Kampf der Metallarbeiter fort. Ein Teil allerdings arbeitet bereits zu neuen Bedingungen, über 1200 aber stehen noch im Streik. — Im S e l m e d t e r Braunkohlenrevier ist der Streik nach neunwöchiger Dauer aufgegeben worden, ohne daß die Arbeiter einen Erfolg erzielt hätten.

Die Hafenarbeiter Londons haben ihren Kampf siegreich durchführen können. Sie haben eine namhafte Lohnerhöhung und eine Arbeitszeitverlängerung von zwölf auf zehn Stunden täglich durchgesetzt. Die Arbeit ist am Montag wieder aufgenommen worden. — Der Streik der Eisenbahnen Nordenglands dauert fort und hat an Ausdehnung sogar noch zugenommen. — In der englischen Hafenstadt Liverpool ist es zum Ausstand der Transportarbeiter gekommen, wobei heftige Zusammenstöße mit der Polizei sich ereigneten. — Der westböhmische Arbeitgeberverband der Metallindustriellen hat beschlossen, sämtliche von ihm beschäftigten 7000 Arbeiter am 4. September auszuschließen, falls nicht in den bestreikten Fabriken bis zum 18. August eine Einigung herbeigeführt wird. In Frage kommen 22 Betriebe. — Auch in der ungarischen Metallindustrie scheint sich ein Massenkampf vorzubereiten. Die in den Maschinenfabriken beschäftigten Metallarbeiter haben Lohnforderungen gestellt und beabsichtigen bei Nichtbewilligung derselben in den Ausstand zu treten. Es kommen etwa 40 000 Arbeiter in Betracht. — In Rotterdam sind die Maschinenisten und Seiger der Schlepplaster in den Streik getreten, um eine Lohnerhöhung zu erringen.

Vornehme Gegner. Die sozialdemokratische „Bremer Bürgerzeitung“ und nach ihr die „Metallarbeiterzeitung“ brachten vor kurzem eine Notiz aus Bremen, die schwere Beleidigungen unseres Kollegen Meuthen enthielt. Was sonst in dieser Notiz stand, ist Lüge und Verdrehung. Die „Bremer Bürgerzeitung“ hat denn auch bereits eine Berichtigung bringen müssen, und die „Metallarbeiterzeitung“ wird sich dieser Berichtigung auch nicht entziehen können. Bezeichnend ist nun, daß das führende Zentrumsorgan, die „Sächsische Volkzeitung“, ferner die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“,

das Organ des Verbandes katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands, sowie die christlich-soziale „Arbeit“ begierig über die von den „Genossen“ hingeworfenen Brocken herfallen und schadenfroh über den Rückgang der Gewerksvereine berichten, weil nach jener Notiz ein ganzer Ortsverein der Maschinenbauer zum Metallarbeiterverband übergetreten sein sollte. Da diese Mitteilung sicherlich noch in weiteren Zeitungen veröffentlicht werden wird, sei der wahre Sachverhalt hier kurz wiedergegeben:

Im Ortsverein Bremen III des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter war der Kollege van Rooijen Vorsitzender. Er wollte von den Plänen des ausgeschlossenen Volter und Genossen nichts wissen und mußte deshalb von diesen unmöglich gemacht werden. So wurde denn gegen ihn der Vorwurf erhoben, er hätte sich Unredlichkeiten zu Schulden kommen lassen, ein Vorwurf, der völlig unbegründet war und deshalb den Beschuldigten so schwer kränkte, daß er kein Amt niederlegte. Nun wurde einer von der Voltertypen zum Vorsitzenden gewählt. Um die angeleglichen Verfehlungen des früheren Vorsitzenden zu prüfen, wurde jetzt eine Kontrolle der Mitgliedsbücher angeordnet. Die Mitglieder gaben diese ahnungslos ab, mußten aber bald erfahren, daß die angeordnete Kontrolle der Mitgliedsbücher nur ein Vorwand gewesen war. Diese Mitgliedsbücher wurden nämlich ohne weiteres dem Bureau des Metallarbeiterverbandes zugesandt, das allerdings nimmer frohlockend von dem Uebertritt eines ganzen Ortsvereins berichten konnte. Die Freude währte aber nur kurze Zeit, denn die Mehrzahl der getauften Kollegen forderte unerbittlich, zum Teil durch einen Rechtsanwalt, ihre Mitgliedsbücher vom Metallarbeiterverband zurück, da sie gar nicht an einen Uebertritt gedacht haben.

Das ist „der schwere Schlag“, den die Gewerksvereine in Bremen erlitten und über den sich die oben genannten frommen Mütter so herinnlich gefreut haben. Von der Berichtigung, welche die „Bremer Bürgerzeitung“ in dieser Angelegenheit bringen mußte, haben sie keine Notiz genommen. Ob sie wohl von unserer wahrheitsgetreuen Schilderung ihren Lesern Kenntnis geben werden?

Eine alte Lüge wärmt die „Solarbeiterzeitung“ in ihrer letzten Nummer wieder auf. In einer Vollenstimmgen unsere „Eiche“ wird da nämlich erzählt, daß in dem Quedlinburger Gärtnerstreik 1909 unsere Mittel zur Unterstützung der Streikenden nicht ausgereicht hätten. Und als später einige Gärtner aus dem Gewerksverein austraten, seien sie aufgefordert worden, die empfangene Streikunterstützung, die aus öffentlichen Sammlungen aufgebracht worden sei, an den Verein zurückzahlen, widrigenfalls flagbar gegen sie vorgegangen würde. Einen ganz ähnlichen Schwindel verbreitete im März d. J. der „Vereinsanzeiger“, das Organ des „freien“ Verbandes der Maler. Schon damals ist diese Notiz als das gebrandmarkt worden, was sie in Wirklichkeit war, nämlich als eine Lüge. Die streikenden Gärtner nämlich haben alle ihre statutenmäßige Unterstützung erhalten, und zwar nicht aus Mitteln, die durch öffentliche Sammlungen aufgebracht wurden. Ein Teil der Gärtner, die keine Arbeit wieder bekommen konnten, hat die Streikunterstützung sogar viel länger erhalten, als sie Anspruch darauf hatten. Bei dem Gelde, das von einigen Gärtnern nachträglich zurückgefordert wurde, handelte es sich um bare Darlehen, welche die betreffenden neben ihrer statutenmäßigen Unterstützung erhalten hatten. Die Praxis, die uns damals der „Vereinsanzeiger“ und neuerdings die „Solarbeiterzeitung“ in die Schuhe schieben möchten, bleibt also nach wie vor ein Privileg der sogenannten „freien“ Gewerkschaften. In den Deutschen Gewerksvereinen gibt es Derartiges nicht.

Für den Wert tariflicher Vereinbarungen legt der jetzt vorliegende Jahresbericht des Arbeitgeberverbandes des Kreises S o l i n g e n ein recht berechtetes Zeugnis ab. Die Befragung einheimischer Qualitäten, Preise und Verkaufsbedingungen durch die verschiedensten Vereinigungen, ist, so heißt es in dem Bericht, mit um so größerer Freude zu begrüßen, als namentlich in Verfolg der schlechten Jahre, welche unsere Industrie durchleben mußte, teilweise eine auf Kosten der Qualität sich breit machende Preisschleuderei eingerissen ist, die man kaum verstehen kann und die den guten Ruf unserer Industrie aufs schwerste gefährden muß. Namentlich verstreuen es auch zahlreiche kleinere Fabrikanlagen nicht, ihre Kalkulation in der richtigen Art vorzunehmen, ihre tatsächlichen Selbstkosten zu berechnen und ihre eigene Arbeitsleistung entsprechend zu bewerten, um auf gesunder Grundlage fabrizieren und existieren

zu können. Wenngleich sie selbst sehr bald einsehen müssen, daß sie auf einen falschen Weg geraten sind, auf dem es kein Fortkommen gibt, finden sich doch immer neue, die es ihnen nahtum und sie gar noch in Qualitätsplüscherei überbieten, um noch billiger liefern zu können. Den Schaden von einer derartigen ungelunden und verwerflichen Konkurrenz hat die Gesamtindustrie zu tragen mit Ausnahme derjenigen Firmen, deren guter Name auch für gute Qualität bürgt. In dieser Hinsicht aufflarend zu wirken, sollte die Hauptaufgabe des Verbandes sein, der daher auch den Abschluß von Tarifvereinbarungen mit den Fachvereinen der Arbeitnehmer empfiehlt.

Wir betonen nochmals ausdrücklich, daß es sich hier um das Urteil einer Arbeitgeberorganisation handelt, die den Segen von Tarifabschlüssen selbst kennen gelernt hat. Deshalb möge allen Tarifgegnern gelegentlich dieses Urteil über die Tarifverträge ins Stammbuch geschrieben werden.

Die portugiesische Republik steht den Beiträgen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Lage offenbar recht wenig freundlich gegenüber. Die Arbeiterchaft hatte naturgemäß auf die politische Umwälzung große Hoffnungen gesetzt und erwartet, daß nun mit einem Schläge eine wesentliche Verbesserung der sozialen Lage stattfinden würde. Da diese Hoffnung sich nicht erfüllt hat, macht sich im ganzen Lande eine lebhafteste Streikbewegung bemerkbar, gegen welche die Regierung mit übertriebener Energie vorgeht. Zur Niederwerfung eines Streiks der Eisenbahner wurden von der Regierung der Eisenbahngesellschaft Truppen zur Verfügung gestellt. In der Hafenstadt Esparto hat man die Arbeiterorganisation aufgelöst, und als ein sozialistischer Abgeordneter in der Kammer die Regierung deswegen zur Rede stellen wollte, verweigerte man ihm das Wort. Kein Wunder, daß man der Republik Arbeiterfeindschaft vorwirft, wie man aus einer aus Lissabon an den „Vorwärts“ gerichteten Zuschrift erkennen kann. Der republikanischen Regierung wird darin Treulosigkeit nachgesagt und eine konterbaitive und reaktionäre Gesinnung vorgeworfen. Jedenfalls zeigen diese Kundgebungen, daß es mit der Arbeiterfreundlichkeit der portugiesischen Republik nicht weit her ist, ein neuer Beweis dafür, daß eine freiere Staatsverfassung nicht gleichzeitig auch gesunde soziale Verhältnisse bedingt.

Gewerksvereins-Zeit.

Bremen. Die Konferenz des Sekretariats Bremens fand am 6. August in den Zentralhallen statt und war besetzt von 42 Delegierten, die 30 Ortsvereine mit 2200 Mitgliedern vertraten, sowie einer Anzahl Gäste. Eingeleitet wurden die Verhandlungen mit einer begeisterten Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der Beamtenskommission, Kollegen van Rooijen-Bremen. Der Kassendbericht, erstattet vom Kollegen Frittel, ergab für das verfloßene Jahr eine Einnahme von 2971,41 M., eine Ausgabe von 2686,06 M. Der Kassenbestand beträgt 261,76 M. Der Kassenbericht wurde nach einigen aufklärenden Bemerkungen des Kassierers gutgeheißen und letzterem Decharge erteilt.

Der Tätigkeitsbericht, erstattet für das Jahr 1911 vom Sekretariat Kollegen Reuthen, zeugte von rastloser Arbeit und ließ gleichzeitig auch eine erfreuliche Weiterentwicklung der Gewerksvereinsbewegung im hiesigen Bezirk erkennen. Abgehalten waren 222 Versammlungen und Sitzungen. Beteiligt waren die Gewerksvereine an 13 Lohnbewegungen mit 327 Mitgliedern. Mit vollem oder teilweisem Erfolg endeten 10 Lohnbewegungen; eine ging verloren, zwei wurden vertagt. In zwei Fällen kam es zur Arbeitsniederlegung. 7 Eingaben für Staats-Tarifverträge wurden 9 abgeschlossen.

Neue Ortsvereine wurden 7 gegründet, davon 4 in Bremen selbst. Die Mitgliederzunahme im Jahresbericht beträgt circa 350, darunter sind 97 von sozialdemokratischen Verbänden zu den Gewerksvereinen übergetreten. Seit Bestehen des Sekretariats wurden 1600 Mitglieder gewonnen.

Die Korrespondenz betrug 971 Eingänge und 1322 Ausgänge auf. Aufgefrisst wurden 12 285 Einladungen und Rundschreiben, Flugblätter verteilten wir 23 000. Die Presse bedienten wir durch 57 Artikel, die fast alle Aufnahme fanden.

Die Rechtsauskunftabteilung des Sekretariats wurde im Halbjahr von 988 Personen aufgesucht, an die 1034 Ansätze erteilt wurden. 37 Schriftstücke wurden angefertigt.

Der Arbeitsnachweis wurde von 337 Personen benutzt, und es war uns möglich, 144 Personen a lohnende Beschäftigung zu verschaffen.

Der gedruckte vorliegende Bericht wurde vom Sekretariat Reuthen eingehend erläutert. Derselbe wies auf die verschiedensten Vorkommnisse im Bezirk hin: auf die soziale Rückständigkeit vieler Unternehmer und auf die Versuche der Sozialdemokratie oder der so genannten „Kampfbünde“, unserer Bewegung Krämpfe zwischen die Beine zu werfen. Der Referent erinnerte an die Vorkommnisse in der Waggonfabrik,

Kaffee-Handelsgesellschaft, an Dierholz-Schrambe usw. festgestellt wurde, daß die Einmündungsquellen des Sekretariats vollständig einwandfrei sind.

Die rege Diskussion, in welcher besonders interessante Ausführungen der Vertreter des Zentralrats, Kollege Neuenhedi-Verein machte, ergab völlige Zufriedenheit mit der Tätigkeit des Arbeitersekretärs Neuthen. Aber nicht allein die Mitglieder, sondern auch die Hauptleitung der Gewerkschaften ließ durch ihren Vertreter erklären, daß man die Tätigkeit des Sekretärs voll und ganz billige, die unberechtigten Vorwürfe einiger ausgeschlossener Mitglieder könne und vollständig fast lassen. Als Resultat der stattgefundenen ergiebigen Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 6. August in den Zentralhallen zu Bremen tagende Bezirkskonferenz des Sekretariats Bremen nimmt nach Erstattung des Tätigkeitsberichts mit Befriedigung Kenntnis von der erfolgreichen Tätigkeit im verfloßenen Halbjahr. Sie spricht den führenden Kollegen, speziell dem Arbeitersekretär Kollegen Neuthen, das vollste Vertrauen aus und weist die in letzter Zeit von verschiedenen ausgeschlossener Herren erhobenen Vorwürfe, weil vollständig unbegründet, auf das entschiedene zurück. Die Vertreter sämtlicher Ortsvereine, die 2200 Mitglieder zählen, verpflichten sich, auch weiterhin die Gewerkschaftsbewegung mit allen Kräften zu fördern, da nur dadurch die Arbeiterbewegung vorwärts gebracht werden kann.“

Im weiteren Verlauf der Konferenz wurden die eingegangenen Anträge formgemäß erledigt. Ein Antrag, eine Monatschrift herauszugeben, wurde, weil das Sekretariat vorläufig keine weitere Belastung ertragen kann, abgelehnt. Ueber die Anstellung des zweiten Sekretärs, die mit dem 1. Juli erfolgte, entspann sich noch eine aufklärende Debatte. Kollege Neuthen war in der Lage nachzuweisen, daß die Hauptvorstände sich verpflichtet haben, das Sekretariat durch ansehnliche Zuwendungen zu unterstützen; der Gewerkschaft der Maschinenbauer zählt allein einen jährlichen Zuschuß von 2000 Mark.

Wegen 3 Uhr nachmittags war die Tagesordnung erledigt. Nach einem kräftigen Schlußwort des Vertreters des Zentralrats und ermunternden Ausführungen des Vorsitzenden wurde die Konferenz mit einem brausenden Hoch auf den Verband der Deutschen Gewerkschaften geschlossen.

3 Dortmund. Im „Goldenen Löwen“ tagte am Sonnabend, 12. August, die Versammlung des Brauergewerkschaften-Vereins, die über den Anschluß des Vereins an den Verband der Deutschen Gewerkschaften verhandelte. Der Anschluß wurde beschlossen. Bravo!

3 Eberfeld. In der zahlreich besuchten Versammlung des Bundesvereins der Brauergewerkschaften am Sonnabend, 12. August, bei Starke, Schlossstr., stand die Frage des Anschlusses an den Verband der Deutschen Gewerkschaften auf der Tagesordnung. Den Vortrag hielt der Verbandsvorsitzende Karl Goldschmidt, Berlin. Dem Vortrage folgte eine kurze Diskussion. Die Abstimmung war eine geheime. Der Anschluß wurde mit erheblicher Mehrheit beschlossen. Der Vorsitzende des Eberfelder Brauervereins brachte zum Schluß der anregend verlaufenen Versammlung ein Hoch auf den Brauerverein und den Verband der Deutschen Gewerkschaften aus, in das die Versammelten lebhaft einstimmten.

3 Halle a. S. Laut Beschluß der Verbergs-Kommission werden die vereidigten Vorstände der angeschlossenen Ortsvereine ersucht, nach jedesmaligem Erscheinen ihrer Sachorgane je ein Exemplar in der Ver-

bandsheftige „Förderungsheft“ bei Kollegen Weiser, am Hospitalplatz, ausgeben zu wollen. Der Ortsverbandsvorsitzende: J. A. W. Albrecht, 2. Vorsitzender.

Verbands-Zeil.

Frauen-Beiratsliste des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften. Sitzung über eingesandte Beiträge.

Monat Juli 1911. Bauhandwerker: Berlin III, 0,78, Liegnitz (Eingelmitglied) 4,42, Merseburg 1,30, Bismarck 8,32, Posen 31,84, Ulm 6,50, Nr. 1705 2,08, Nr. 360 u. 2641 2,34, Bildhauer: Breslau 7,76, Landsberg 8,58, Fabrik- und Handarbeiter: Berlin II 1,17, Berlin III 0,78, Graubenz 0,40, Langendorf 1,48, Venig 15,34, Nr. 2602 3,12, Frauen und Mädchen: Döbeln 1,82, Graphische Betriebe und Maler: Berlin I 10,06, Chemnitz 7,93, Demmin 0,96, Dresden 2,34, Eberfeld 7,41, Gera 2,90, Königsberg 8,10, Raumburg 5,72, Straßburg 21,71, Worms 2,08, Zeitz 13,78, Jittau 10,78. Kaufleute: Berlin II 15,96, Berlin III 5,97, Nr. 2836 2,52, Nr. 2056 2,34, Nr. 2295 1,04, Nr. 3228 1,17. Gemeindegewerkschaften: Berlin 35,23. Maschinenbau- und Metallarbeiter: Acherleben 5,46, Berlin V 17,40, Bretten 2,34, Geisingen 3,64, Nr. 970 0,72, Göttingen 11,70, Rammeln 5,85, Osweil 3,77, Rathenow 12,43, Rixdorf 10,01, Worms 0,78, Nr. 2264 0,91, Nr. 957 2,34, Nr. 3191 1,02. Bergbauarbeiter: Annaburg 1,90, Althaldensleben 28,90, Altweiser 32,11, Fürstberg 4,03, Stahnhütte 8,32, Königsberg 20,23, Neuhaldensleben 1,82, Rudolstadt 8,45, Selb 4,05, Soph. Charlottenbrunn 5,85, Tiefenfurt 3,12, Waldenburg 6,63, Wittenberg 1,95, Nr. 482 1,17, Nr. 769 1,04, Nr. 990 2,34, Nr. 239 1,25, Nr. 435 u. 1984 3,38, Nr. 1098 2,50, Nr. 374 2,34, Nr. 28 u. 1874 1,95. Schneider: Berlin I 13,40, Berlin II 10,18, Nr. 1505 1,35, Berlin III 3,41, Berlin IV 2,43, Breslau I 21,88, Breslau II 16,76, Danzig 6,34, Dresden 5,80, Erlangen 7,54, Götting 11,33, Greifswald 6,56, Jena 7,67, Königsberg 7,02, Liegnitz 3,76, Merseburg 11,57, Raumburg 4,29, Neudorf a. S. 1,86, Cisterzienser 2,34, Potsdam 16,04, Cuedlinburg 3,58, Rathenow 8,71, Schweidnitz 7,78, Stolp 0,54, Straßburg 9,82, Worms 0,78, Nr. 2037 0,78, Nr. 2576 2,43. Schiffbauarbeiter: Riedem 6,10, Greifswald 1,88, Kiel 3,02. Schuhmacher und Lederarbeiter: Raunzig 7,02, Berlin I 27,64, Berlin Nord 3,84, Nr. 2197 1,04, Biberach 10,27, Bromberg 16,90, Danzig 3,25, Duisburg 11,70, Erfurt 5,56, Frankfurt a. O. 12,11, Frankfurt 8,97, Gießen 6,23, Graubenz 14,43, Greifswald 5,70, Halle 5,81, Königsberg 3,12, Raumburg 2,21, Witten 2,00, Waderborn 1,00, Weitz 1,95, Weidenerheim 3,90, Wirmalens 55,23, Witten I 24,82, Witten III 6,50, Rixdorf 14,82, Röhmsen 22,23, Stettin 2,90, Ulm 5,07, Weinheim 4,03, Weisenfels 141,10, Worms 11,83, Zeitz 3,12, Potsdam 10,27, Jaitrow 7,11, Nr. 828 u. 829 3,72, Nr. 998 1,17, Nr. 1200 4,68, Nr. 1103 1,17. Textilarbeiter: Poldra 12,35, Berlin 10,58, Nr. 3821 2,15, Chemnitz 22,07, Duisburg 5,36, Erlangen 31,04, Einfeld 4,42, Eberfeld 6,63, Großenhain 3,90, Guben 4,42, Hof 4,55, Venig 8,84, Sagan 13,52, Sommerfeld 22,62, Spremberg 2,54, Tannhausen 10,92, Verge-Jorit 10,27, Nr. 1341 1,56, Nr. 2138 4,16, Töpfer: Wittenfeld 86,64, Graubenz 14,04, Zäckerhof 6,89, Witten 1,69, Uckermark 13,09, Zehnerfurth 2,34, Nr. 872 0,91, Nr. 874 1,30, Nr. 3202 0,85. Zigarren- und Tabakarbeiter: Pagen 7,54, Bismarck 8,19, Summa 1442,30 Mark. Berlin im August 1911. A. Klein, Hauptkassierer. J. Neufeldt, Hauptkontrollier.

Versammlungen.

Berlin. Distriktrat der Deutschen Gewerkschaften (S. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, Weißwasserstr. 221/23. 1. Sitzung nach den Ferien am Mittwoch, den 16. August. Vortrag des Kollegen Johannes Vollzähliges (Eisenbahn) über die Bedeutung der Gewerkschaften. Liedertafel (S. D.). Jeden Donnerstag abds. 9—11 Uhr, Wohnungsstelle f. Verbandshaus, der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Sal). Gäste willkommen. Sonnabend, 19. August. Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Damen bei Karau, Waldstraße 53. Experimentalvortrag des Herrn Lehrer A. Schäde über die Entfaltung des Gases. — Maschinenbau- und Metallarbeiter IV. Abends 8 1/2 Uhr bei Bonacker, Blücherstr. 61. Monatsbericht. Mitteilungen. Vortrag des Kollegen Jürgang: „Unser Sozialfond“. Verschieder. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter VIII. Abends 8 1/2 Uhr im Verbandshaus, Weißwasserstr. 221/228. 1. Geschäftliches. 2. Monatsbericht. 3. Besprechung in Angelegenheiten der Kombiniten. — Maschinenbau- und Metallarbeiter IX. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Herrn 22. Wahl eines Sekretärs. — Maschinenbau- und Metallarbeiter X. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Restaurant „Zur Kiste“, Skalitzerstr. 60. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter XII. Abds. 8—10 Uhr Zählabend bei Krull, Rühlstr. 51. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter XIII. Abends 8 1/2 Uhr Schanzenallee 65. Geschäftliches. Monatsbericht. Besprechung der neuen Statuten und Anmeldung zur Fahrt nach der Hygiene-Ausstellung Dresden. Wigdorf I. (Maschinenbau- und Metallarbeiter). Sonnabend, 19. August, abds. 9 Uhr Versammlung bei Ramm, Jägerstr. 77. Geschäftliches. Bericht. Vortrag des Kollegen Glaser: „Die Erhöhung des Beitrages.“

Orts- und Bezirksverbände.

Cottbus (Distriktrat). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hankeln, Sandowstr. 42. — Düsseldorf (Hilfswirtschaftsliste). Jeden Montag, abds. 8 von 9—11 Uhr i. Verbandshaus, Kurfürststr. 29, Sitzung. — Eberfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung mit Kollegen, Eberfeld, Lützenstr. und Erholungstr.-Gde. — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband. Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Vereinstokal C. Simon, Alter Markt. — Gera a. S. (Ortsverb.). Jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktrat bei Rudewitz. — Halle a. S. (Ortsverb.). Der Distriktrat findet, jed. Sonnabend i. Monat i. Postage-Hof, Gr. Brauhausstr., statt. — Hamburg (Ortsverb.). Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., im Hüttmanns Hotel, Poststr., Distriktrat. — Jena (Ortsverb.). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Bonder, Oststr. — Leipzig (Gewerkschaften-Liedertafel). Die Liederschunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinstokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und ständige Mitglieder sind herzlich willkommen. — Meitz (Sängerchor der Gewerkschaften). Die Liederschunden finden jede Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmgebende Kollegen sind herzlich willkommen. — Regensburg (Ortsverband). Die Liederschunden finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmgebende Kollegen sind herzlich willkommen. — Thurn (Ortsverb.). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsverbandssammlung bei Nicolai, Rauerstr. 62. — Weisenfels a. S. (Ortsverband). Die Liederschunden der Gewerkschaften. Liederschunden jede Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinstokal „Schweizerhaus“, Schäferstraße. Geschäftliches Distriktrat der Gewerkschaften. Jeden Mittwoch 9—11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Friedrich Raumann.
Neuendische
Wirtschaftspolitik
3. Veränderte Auflage.
Vortrags (Buchverlag der „Hilfe“),
G. m. b. H. Berlin-Schöneberg 1911.
Das anschaulich und feinsinnig ge-
schriebene Buch behandelt in den 5
Hauptabschnitten 1. Das neue Wirt-
schaftswesen. 2. Die Materie in der
Wirtschaft. 3. Der Güterausbau. 4.
Die Organisation der Arbeit.
5. Der Staat in der Wirtschaft.
Das Buch ist in dauerhaftem
Leinwandband für Gewerkschaftsmit-
glieder zum Preis von 1,50 M. ein-
schließlich Porto vom Verbandsbureau zu beziehen.
Bestellungen sind unter gleichzeitiger
Einsendung des Betrages an den
Verbandskassierer Rudolf Klein,
Berlin N.O. 65, Greifswald-
straße 221/23 zu richten.
Potsdam (Ortsverb.). Durch-
reisende Kollegen erhalten 75 Pfg.
Ortsbeitrag bei dem Kassierer ihres
Ortsvereins.
Poldra (Ortsverband). Durch-
reisende Kollegen erhalten 50 Pfg.
Belegheft beim Kassierer Karl
Stein; Jägerstraße 4.

Chemnitz (Ortsverband). Das
Besicht für Durchreisende wird bei
den Ortsvereinskassierern, bei nicht
vorhandenen Berufen nur beim
Ortsverbandskassierer, Kol. Melde,
Bergrstr. 54, abends 7—8 Uhr aus-
gegeben. — Der Arbeitsnachweis
wird von Kol. Oswald Blach,
Eisenfeldstr. 82, verwaltet. Sprech-
zeit wochentäglich von 7—9 Uhr
abends, am Sonntag von 10—12
Uhr vormittags.
Schweidnitz (Ortsverband).
Durchreisende Kollegen erhalten Ver-
pfligungsarten im Werte von 75 Pfg.
bei allen Ortsvereinskassierern. Kol-
legen, welche hier keinen Ortsverein
haben, erhalten die Karten beim
Ortsverbandskassierer Kollegen A.
Hietzsch, Beistr. 2 II Tr.
Leipzig (Ortsverband). An-
durchreisende Kollegen wird eine
Unterstützung von 75 Pfg. gezahlt
beim Kassierer H. Biese, Leipz-
ig, Dierchogasthauser 82.
Sommerfeld (Ortsverb.). Durch-
reisende Arbeitslose erhalten das
Ortsverbandsheft im Betrage
von 50 Pfg. beim Verbandskassierer
Kol. Inglauße, Sommerfeld,
Krummstr. 108.

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3.—
Nur in der Lage zu liefern, weil ich meine Lager aus Vorbestellungen, Sommerbestellungen usw. aufräumen. Ferner liefert ich
100 Stück feine 5 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk.,
100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk.
Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft. — 500 leinwand. — Nichtbenutztes verbleibe unanrührt zurück.
Bestellen unter 100 Stück. — 18 Poststr. Berlin-N.O. 65, Neue Schönebergstr. 16. — Gröndel 108.

Halle a. S. (Ortsverband).
Durchreisende Kollegen erhalten
beim Distriktrat, Kollegen
Taub, Rippgr. 94, 1 Mark in
bar oder Abendrot, Nachtquartier
und Kaffee in der Verbandsber-
ge (Baderinnungsbaus) am
Hospitalplatz.
Bismarck (Ortsverband). Durch-
reisende Kollegen erhalten eine
Unterstützung beim Verbandskassierer
Berth, Marktstraße 60.
Braunsberg a. S. (Ortsverb.).
Durchreisende Kollegen erhalten ein
Ortsheft von 50 Pfg., Sonn-
und Feiertags 75 Pfg. beim Orts-
verbandskassierer G. Reumann,
Bismarckstr. 19.

Freiburg i. Schl. (Ortsverb.).
Durchreisende Kollegen erhalten das
Ortsverbandsheft bei ihrem
Ortsvereinskassierer ausgegahlt.
Falls der Ortsverein am Orte nicht
vertreten ist, beim Ortsverbands-
kassierer Wilhelm Berger, Sand-
straße 23.
Gera (Ortsverband). Die Unter-
stützung an durchreisende Gewer-
kschaftskollegen wird ausgegahlt bei
Franz Wagner, Gera, Bismarck-
straße 11.
Göttingen (Ortsverb.). Durch-
reisende Verbandsmitglieder erhalten
Nachtquartier und Verpflegung.
Karten sind zu haben bei J. Stäbler,
Bühnenstr. 18.

Lübeck (Ortsverband). Die
durch- und zureisenden Kollegen er-
halten 75 Pfg. Belegheft bei dem
Ortsvereinskassierer, für die
fehlenden Berufe beim Ortsver-
bandskassierer. Dasselbe werden
auch Karten für die Herberge ver-
abfolgt. Verbandslokal D. Böhm,
Wachmannstr. 120.
Potsdam (Ortsverb.). Durch-
reisende Kollegen erhalten 75 Pfg.
Unterstützung. Kartenausgabe beim
Kol. R. Adam, Glogauerstr. 18.
Stargard (Ortsverband). Durch-
reisende Kollegen erhalten eine
Unterstützung von 50 Pfg. beim
Ortsverbandskassierer E. Lindt,
Lützenstr. 82.